

Einbringung des Haushalts 2026 - Haushaltsrede des Bürgermeisters

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder der Gemeindevertretung,

der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 02.02.26 den Haushaltsentwurf für 2026 nach Vornahme einiger Änderungen genehmigt und legt diesen heute Ihnen, den gewählten Vertretern der Gründauer Bevölkerung, zur Beratung vor.

Dies ist der erste Haushaltsentwurf, den ich als Bürgermeister verantworte, und ich bin nicht zu 100% zufrieden mit dem Zahlenwerk. Das liegt nicht nur – aber natürlich auch – am weiterhin negativen Ergebnis der ordentlichen Verwaltungstätigkeit. Vielmehr bedauere ich, dass es uns gemeinsam trotz ausführlicher Beratungen nicht gelungen ist, einen mutigen Schritt zu einer stabileren Ertragssituation für die Gemeinde zu wagen. Wichtiger als dies ist es jedoch, die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sicherzustellen. So darf ich also trotz leichtem Bauchgrummeln, aber mit voller Überzeugung das vorliegende Zahlenwerk präsentieren.

Zunächst die positiven Seiten: Mit verschiedenen Maßnahmen zur Kosteneinsparung ist es uns gelungen, sowohl auf eine sich abzeichnende Kreditaufnahme – noch – verzichten zu können und trotzdem Gebührenerhöhungen in größerem Umfang zu vermeiden. Einzig die überschaubare Erhöhung der Grundsteuer von 200 auf 230 Hebesatzpunkte ist im Entwurf eingeplant. Zur Einordnung: Der durchschnittliche Hebesatz im MKK lag im Jahr 2025 bei 544 Punkten, mithin also mehr als doppelt so hoch wie der nun vorgeschlagene Wert. Die Maßnahme bringt der Gemeindekasse ein Plus von rund 220 TEUR p.a., der Grundsteuerbetrag pro Einwohner steigt damit von jährlich 87 Euro auf ca. 100 Euro. Die Auswirkungen auf ein „normales“ Einfamilienhaus bewegen sich dabei im Bereich von (je nach Lage) 20 – 40 Euro pro Jahr. Die Gemeinde Gründau liegt damit weiterhin in Hessen unter den günstigsten 20 Kommunen (von 421).

Im **Stellenplan** wurden im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen vorgenommen. Jedoch ist es uns gelungen, seit Mitte letzten Jahres die offenen Stellen mit erfolgreichen Stellenbesetzungen zu reduzieren. So konnte dringend benötigtes Personal eingestellt werden, um die Schlagkraft der Verwaltung zu erhöhen aber auch die Leistungsfähigkeit des Bauhofs sicherzustellen. Und auch in den Kitas konnten wir Lücken schließen, wenngleich die Personalsituation angespannt bleibt. Mit Blick auf die Personalkosten bedeutet dies, dass wir zwar keine zusätzlichen Stellen besetzen können und werden, dass jedoch der im vorigen Jahr erkennbare Puffer in den Personalkosten-Ansätzen in 2026 nicht mehr vorhanden sein wird. Da wir auf die konkreten Stellen geplant haben, ist somit auch die Anforderung aus dem Antrag der Fraktionen von SPD und FWG erfüllt, keine „überflüssigen“ Puffer einzuplanen.

Im Bereich der **investiven Maßnahmen** liegt der Investitionsbedarf mit rund 8 Mio. Euro nur knapp unter dem des Vorjahres und wird in den kommenden Jahren aufgrund der notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei Straßen, Wasser und Abwasser, Kitas und Feuerwehr sowie beim

Hochwasserschutz nicht wesentlich abnehmen. Im kommenden Jahr rechnen wir bereits wieder mit einer „Rekordinvestition“ von über 11 Mio. Euro. Konkret sind für 2026 im Investitionsbereich die großen Maßnahmen hervorzuheben (in Klammern geplanter Betrag für 2026 / 2027):

- das Feuerwehrgebäude Gründau West (400 TEUR / 2 Mio. €),
- die geplante Sanierung der Kita Villa Kunterbunt (250 TEUR / 1,9 Mio. €),
- die Sanierung des Hochbehälters in Rothenbergen (2 Mio. EUR),
- die grundhafte Sanierung der Schwimmbad- und Brauwiesenstraße (2 Mio. EUR),
- die Erschließung des Gewerbegebiets südöstlich des Primus Industrieparks (500 TEUR / 2,85 Mio. €),
- sowie der Endausbau der Robert-Bosch-Straße und im Neubaugebiet Lange Rainshohle (930 TEUR).

Kleinere Maßnahmen betreffen die Instandsetzung der Spakebrücke (hier bewerben wir uns um Fördermittel), die Radwegunterführung R3 bei Niedermittlau (ebenfalls öffentlich gefördert), die Sanierung einer Stützmauer in der Neuen Straße in Breitenborn sowie Planungskosten für die Sanierung des Pumpwerks in der Wiesenstraße.

Im Bereich der **Bauunterhaltung** wurde zwischenzeitlich die Befahrung der Abwasserkanäle abgeschlossen, die sog. EKVO-Maßnahmen. Somit ist nun der Sanierungsbedarf in den Abwasserleitungen bekannt und wird von den beauftragten Ingenieuren auf rund 3 Mio. Euro taxiert. Zur Entlastung des Haushalts und mit Blick auf die Leistbarkeit in den einzelnen Jahren wurden hierfür jeweils 1,5 Mio. Euro für 2026 und 2027 im Bereich Bauunterhaltung eingeplant. Zusätzlich sind im laufenden Jahr nochmals 1,5 Mio. Euro für Maßnahmen der Straßenunterhaltung und diverse Reparaturen in allen Liegenschaften eingeplant. Somit bleiben wir beim Bauunterhaltungsbudget - trotz der hohen EKVO-Kosten – mit einem Gesamtbetrag von 3 Mio. € unter dem Ansatz des Vorjahres, verzichten dazu jedoch auf einige notwendige Reparaturen im Bereich des Rathauses und der DGHs sowie einiger Wohngebäude.

Nun zu den konkreten Summen des Ergebnishaushalts:

Der **Ergebnishaushalt** schließt ab mit einem Defizit im ordentlichen Ergebnis von rund 8,9 Mio. Euro. Dabei stehen Einnahmen in Höhe von 42,9 Mio. Euro Ausgaben in Höhe von 51,8 Mio. Euro gegenüber. Das Defizit aus der „normalen Verwaltungstätigkeit“ beträgt somit 21% der Gesamterträge. Einschließlich außerordentlicher Erträge von 2,2 Mio. Euro schließt der Ergebnishaushalt also mit einem Defizit von 6,7 Mio. Euro ab.

Im **Finanzhaushalt** lässt sich erkennen, dass wir mit den oben genannten Ein- und Ausgaben einen Zahlungsmittelbedarf von knapp 6,6 Mio. € erwarten. Hier darf ich positiv anmerken, dass sich der tatsächliche Kontostand durch höher als erwartet ausgefallene Erträge in 2025 über dem prognostizierten Finanzbestand gemäß Haushaltsplanung einpendeln wird. Trotzdem werden die finanziellen Rücklagen gegen Ende des Jahres 2028 weitgehend erschöpft sein – und das bei bereits eingeplanten Investitionskrediten im nächsten Jahr.

Insbesondere muss uns aufhorchen lassen, dass wir nun zum vierten Mal in Folge ein negatives Verwaltungsergebnis ausweisen. So lange wir nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, unsere Verwaltungsaufwendungen trotz Sparanstrengungen mit entsprechenden Einnahmen zu decken, arbeiten wir auf Kosten der Rücklagen der Gemeinde, die eigentlich für „schlechte Zeiten“ aufgespart werden sollten, und nicht für die Deckung eines strukturellen Defizits.

Um das zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die konkrete Struktur von Einnahmen und Ausgaben. Von den ordentlichen Aufwendungen von 51,8 Mio. € sind 17,9 Mio. € fest für Steuer- und Umlageverpflichtungen verplant. 15 Mio. € müssen für Personal- und Versorgungskosten aufgewendet werden. 3,2 Mio. € werden als Abschreibung auf das Gemeindevermögen abgezogen. Daraus ergibt sich ein fester Aufwand von 36,1 Mio. €, auf den wir nahezu keinen Einfluss haben. Im Vergleich zu den 42,9 Mio. € ordentlichen Erträge verbleiben rechnerisch also 6,8 Mio. € für Sach- und Dienstleistungen sowie Zuweisungen für soziale und kulturelle Zwecke. Allerdings müssen wir für diese beiden Positionen 15,6 Mio. € aufwenden, insbesondere für Instandhaltungsmaßnahmen in Infrastruktur, Kitas, DGHS und Sporthallen, aber auch für Reinigungskosten, Materialkosten des Bauhofs und der Feuerwehr sowie die Nahrungsmittellieferungen für die Kitas.

Als Fazit kann man festhalten: Das Sparpotenzial ist sehr begrenzt, und trotzdem leisten wir uns noch einen Hebesatz der Grundsteuer, der zu den günstigsten in Hessen gehört. Wir erheben Kita-Gebühren, die bei über 8 Mio. € Defizit p.a. im Kita-Bereich nur einen Bruchteil zu den tatsächlichen Kosten beitragen. Und wir subventionieren den Bezug von Trinkwasser und insbesondere die Abwassergebühren mit nahezu 1 Mio. € p.a., da wir seit vielen Jahren trotz gestiegener Kosten und notwendiger Sanierungsmaßnahmen die Wasser- und Abwassergebühren nicht angepasst haben, obwohl das Gesetz über Kommunale Abgaben hier eine Kostendeckung vorsieht.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch: Ich würde mich freuen, derlei soziale Wohltaten auch künftig aufrecht erhalten zu können. Aber auch die Gemeinde Gründau kann jeden Euro nur einmal ausgeben, und die stark steigenden Kosten für die Instandhaltung unserer Infrastruktur, die jedem unserer Einwohner zugutekommt, begrenzen den Spielraum für soziale Wohltaten. Wir müssen uns künftig entscheiden: Wenn wir weiterhin Familien, Vereine, Jugendliche und Senioren finanziell fördern und entlasten möchten, braucht es kostendeckende Gebühren und angemessene Hebesätze. Und der oft genannte Verweis auf die noch vorhandenen finanziellen Reserven ist nicht sachgemäß, da diese nicht von den Bürgern angespart wurden, sondern überwiegend einem sehr auskömmlichen Kapitalfluss aus der Gewerbesteuer zu verdanken sind. Vielmehr wurden Investitionen in die Infrastruktur lange aufgeschoben, so dass nun erheblicher Sanierungsbedarf besteht, der die gemeindlichen Kassen zusätzlich zu den laufenden Kosten belastet. Alles in allem ist die Gemeinde noch handlungsfähig, der Handlungsspielraum wird jedoch schnell geringer und wird in den kommenden Jahren durch notwendige Kreditaufnahmen für die hohen Investitionen zusätzlich geschwächt. Und auch beim Thema Kredite gilt es, sich die Wirkweisen klarzumachen: Die Vermeidung von Kreditaufnahmen für investive Zwecke ist kein Wert an sich, keine Auszeichnung für die Gemeinde, wenn stattdessen die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird. Vielmehr muss man bei notwendiger Kreditnutzung die Folgekosten im Blick haben, eine Wertsteigerung und eine adäquate Gegenfinanzierung sicherstellen.

Ich hoffe, ich konnte aufzeigen, dass es künftig eine stringente Haushaltspolitik braucht, die wieder einen Haushaltsausgleich ermöglicht, so dass wir nicht gezwungen sind, ein Haushaltssicherungskonzept auf Anforderung der Kommunalaufsicht zu erstellen. Zudem appelliere an Sie und euch, liebe Gemeindevertreterinnen und -vertreter, der Verantwortung des Mandats gerecht zu werden und im Sinne der Handlungsfähigkeit der Gemeinde einen Beschluss zum Haushaltsentwurf im Rahmen der kommenden Sitzung zu treffen.

Abschließend danke ich herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und insbesondere des Finanzbereichs für die zügige und sorgfältige Erstellung der Unterlagen.

Ich danke Ihnen und euch für die Aufmerksamkeit und stehe jederzeit gern für Auskünfte zur Verfügung. Die Unterlagen stehen Ihnen dann im Laufe des morgigen Tages zum Abruf im Ratsinformationssystem zur Verfügung.